

# Als ein demokratisches Schleswig- Holstein entstand

23. August 1946

41. NSDAP.

42. Allgemeine SS.

43. Waffen-SS.

44. Sicherheitsdienst der SS.

45. SA.

46. HJ, einschließl.

47. NSDStB.

48. NSDoB.

49. NS-Frauenenschaft

50. NSKK.

51. NSFK.

52. Reichsb. der deutschen Beamten

53. DAF, einschließl. NSBO.

54. KdF.

55. NSV.

56. NS-Reichsb. deutsch. Schwestern

57. NSKOV.

58. NS-Bund Deutscher Technik

59. NS-Ärztebund

60. NS-Lehrerbund

61. NS-Rechtswahrerbund

62. Deutscher Frauenwerk

63. Reichsbund Deutsche Familie

64. NS-Reichsbund für Leibesübungen

65. NS-Altherrenbund

66. Deutsche Studentenschaft

# EINFÜHRUNG

**8. Mai 1945:** Der Zweite Weltkrieg endete mit der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches. Von Kiel und Lübeck waren nur noch Trümmerlandschaften übriggeblieben. Seit Anfang 1945 strömten Flüchtlingen in Massen ins Land. Im Oktober 1946 lebten fast 2,7 Millionen Menschen in Schleswig-Holstein – 63 Prozent mehr als noch im Jahr 1939. Die Menschen lebten am Existenzminimum. Große Teile der Bevölkerung waren unterernährt, viele krank und zu schwach zum Arbeiten. Ähnlich schwierig war die Wohnraumsituation. In den Städten gab es kaum noch Wohnraum und auch auf dem Land wurde er knapp. Wohnwagen, Schiffe,

Bunker, Ställe und Schuppen, Gebäudereste oder Lauben: Jedes Dach über dem Kopf wurde genutzt, auch wenn viele Quartiere wenig Schutz vor Feuchtigkeit, Kälte im Winter oder Hitze im Sommer boten. Schleswig-Holstein gehörte wie ganz Nord- und Westdeutschland zur Britischen Besatzungszone. Die britische Besatzungsmacht wollte nicht nur die Versorgung der Bevölkerung sicherstellen. Sie wollte die Grundlagen für die Entwicklung einer neuen demokratischen Ordnung schaffen. Konnte das angesichts der vielen Probleme in Schleswig-Holstein als Folge des Zweiten Weltkriegs gelingen?



**Kiel 1946: Blick vom Rathausurm in Richtung Süden, 1946**

Stadtarchiv Kiel – Fotoarchiv, Signatur 50-170

# INHALT

|                                                                         |    |
|-------------------------------------------------------------------------|----|
| 1. Politische Geschichte Schleswig-Holsteins 1945 bis 1950 .....        | 4  |
| 2. Eröffnung des ernannten Provinziallandtags am 23. Februar 1946 ..... | 5  |
| 3. Landessatzung für Schleswig-Holstein 1949/50 .....                   | 8  |
| 4. Entnazifizierung in Schleswig-Holstein – gescheitert? .....          | 9  |
| 5. 23. August – ein schleswig-holsteinischer Feiertag?.....             | 13 |
| Zum historischen Geschehen .....                                        | 14 |
| Didaktisch-methodische Erläuterungen .....                              | 16 |
| Lösungen .....                                                          | 17 |
| Impressum .....                                                         | 19 |

# 1. POLITISCHE GESCHICHTE SCHLESWIG-HOLSTEINS 1945 BIS 1950

## Aufgabenvorschlag ①:

Unterteile die Zeitleiste in Phasen/Zeitabschnitte und gib diesen jeweils eine Überschrift. Achte dabei darauf, ob die Ereignisse für die Deutschen fremdbestimmt / wenig demokratisch oder mehr selbstbestimmt / eher demokratisch waren.

### M 1

#### 8. Mai 1945:

Bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reiches; Schleswig-Holstein – eine preußische Provinz – wird Teil der Britischen Besatzungszone

#### Seit 15. September 1945:

Zulassung politischer Parteien in Schleswig-Holstein

#### 15. November 1945:

Theodor Steltzer (Christlich Demokratische Union: CDU) wird Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein, er leitet dort unter britischer Aufsicht die deutsche Verwaltung; Steltzer war während der NS-Zeit im Widerstand gegen Adolf Hitler aktiv

#### 26. Februar 1946:

Erster ernannter Provinziallandtag Schleswig-Holsteins tritt in Kiel zusammen, dessen 60 Mitglieder sind von der britischen Militärregierung bestimmt worden

#### 12. Juni 1946:

Der Provinziallandtag verabschiedet eine "Vorläufige Verfassung" für Schleswig-Holstein

#### 23. August 1946:

Schleswig-Holstein wird ein eigenes Land, Theodor Steltzer wird dessen Ministerpräsident

#### 15. September 1946:

Gemeinderatswahlen in Schleswig-Holstein

#### 13. Oktober 1946:

Kreistagswahlen in Schleswig-Holstein

#### 20. April 1947:

Wahlen zum Schleswig-Holsteinischen Landtag, absolute Mehrheit für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), die den Ministerpräsidenten Hermann Lüdemann stellt; Lüdemann war in der NS-Zeit aufgrund seiner politischen Haltung wiederholt im Gefängnis und KZ

#### 23. Mai 1949:

Gründung der Bundesrepublik Deutschland, zu der auch Schleswig-Holstein gehört

#### 13. Dezember 1949:

Der Landtag verabschiedet die „Landessatzung“ Schleswig-Holsteins, die wesentliche Teil der „Vorläufigen Verfassung“ (1946) übernimmt; die Landessatzung ist bis 1990 Schleswig-Holsteins Verfassung

## 2. ERÖFFNUNG DES ERNANTEN PROVINZIALLANDTAGS AM 23. FEBRUAR 1946

### Aufgabe ❶:

Untersuche mithilfe der beiden Fotos (M 2/1 und M 2/2), wie die britische Militärregierung bei der Eröffnung des Provinziallandtages ihre Macht verdeutlicht.

### Aufgabe ❷:

Fasse die wichtigsten Aussagen der Rede Steltzers zusammen (M 2/3)

### Aufgabe ❸:

Steltzer sagt zum Schluss seiner Rede: „Es wird aber schon viel erreicht sein, wenn unsere Bevölkerung durch die sachliche Arbeit des Provinziallandtages sowie das persönliche Beispiel und die menschliche Würde seiner Mitglieder Vertrauen zu dem guten Willen des Landtages gewinnt. Nur getragen von einem solchen Vertrauen lassen sich die sachlichen Probleme lösen.“ – Sind die Anforderungen, die Steltzer an die Mitglieder des Landtags stellt, auch heute noch gültig für Politikerinnen bzw. Politiker? Nimm Stellung zu dieser Frage. Begründe deine Meinung.

### Alternativer Aufgabenvorschlag:

Stellt euch vor, ihr seid ein Nachrichtenteam im Februar 1946. Erstellt einen kurzen Beitrag mit Kommentar für eine Zeitung mit der Überschrift: „Demokratischer Neuanfang – oder Politik unter Kontrolle der Besatzungsmacht?“



**M 2/1 (Abb. 2):** Gäste betreten am 23. Februar 1946 das Neue Stadttheater in Kiel, in dem der Provinziallandtag eröffnet wird und tagt

Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abt 2003.2, Nr. 01257



**M 2/2 (Abb. 3):** Eröffnung des Provinziallandtages am 23. Februar 1946 durch die britische Militärregierung, einziger Deutscher auf der Bühne rechts Oberpräsident Theodor Steltzer

Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abt 2003.2, Nr. 01402

**M 2/3 Rede des Oberpräsidenten Theodor Steltzer zur Eröffnung des Landtages (Auszüge)**

„Herr General!

Herr Brigadier!

Meine Herren von der Militärregierung!

Sehr geehrte Mitglieder des schleswig-holsteinischen Provinziallandtages!

5 [...] Zwar handelt es sich noch um einen ernannten Provinziallandtag. Und erst wenn wir so weit sein werden, dass ein demokratisch gewählter Landtag eine ihm verantwortliche Provinzialregierung einsetzt, können wir sagen, dass wir den demokratischen Aufbau unseres Landes zu einem Abschluss gebracht haben. Aber ich glaube, dass wir alle es dankbar begrüßen müssen, wenn wir jetzt eine oberste  
10 Vertretung haben [...].

Es drängt mich aber, der britischen Militärregierung bei dieser feierlichen Gelegenheit einen besonderen Dank im Namen unseres Landes zum Ausdruck zu bringen, dass sie durch die Sicherung unserer Ernährung überhaupt erst die Voraussetzungen für einen Aufbau geschaffen hat. Weite Kreise unserer Bevölkerung  
15 wissen noch nicht, dass wir lediglich durch beträchtliche Zufuhren der Besatzungsmacht eine volle Belieferung der vorgesehenen Rationen erreichen können. Beim Brotgetreide z. B. müssen infolge der schlechten Ernte des vergangenen Jahres zwei Drittel des Bedarfes durch Zufuhren gedeckt werden.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir noch ein ernstes Schlusswort. Eines  
20 dürfen wir bei unserer Arbeit nicht aus dem Auge verlieren. Es sind nicht neue Formen allein, die zum Ziele führen. Formen schaffen nur Möglichkeiten. Entscheidend ist, dass auch ein neuer Geist die neuen Formen belebt.

Wir sind alle in eine gemeinsame Not gekommen, in der wir die alten trennenden Unterscheidungen überwinden müssen. Das Massenschicksal ist nicht mehr auf  
25 die Arbeiter beschränkt. Alle Vertriebenen und Versprengten, Bauern, Handwerker, Unternehmer, Beamte und Leute aus freien Berufen sind in dieses Schicksal mit hineingerissen. Hier kann nur helfen, wenn wir uns in einer neuen sozialen und menschlichen Haltung gegenüberreten. [...]

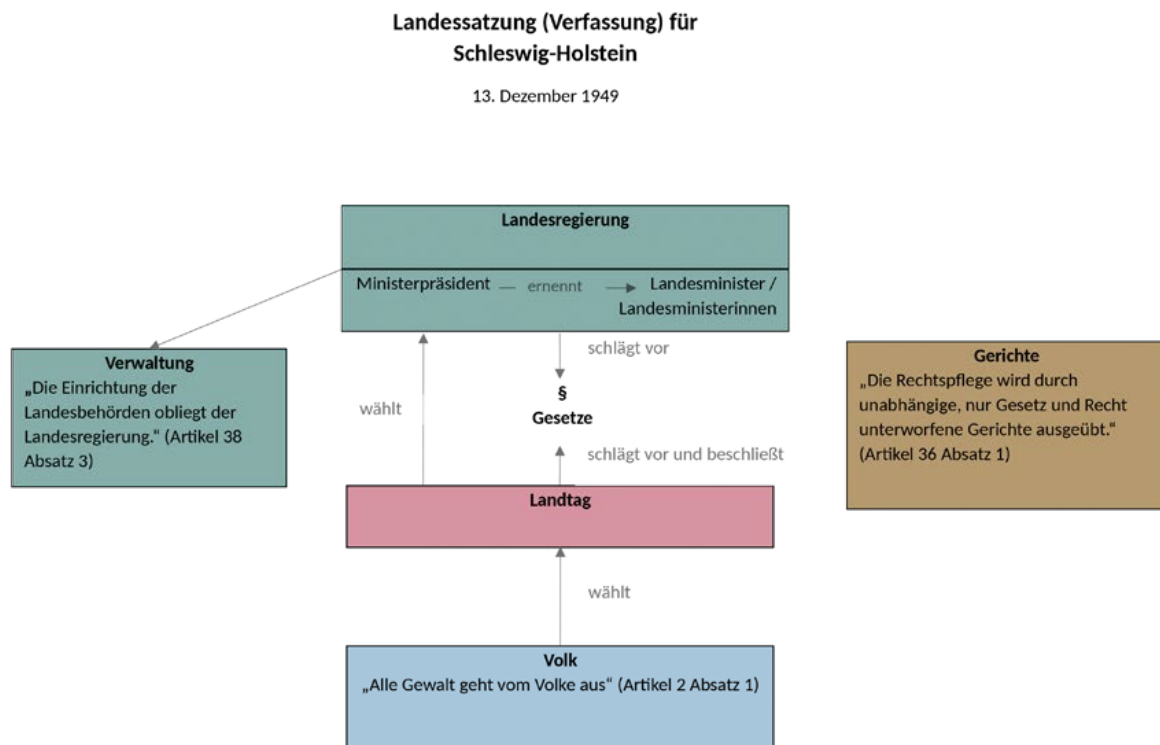
Es wird aber schon viel erreicht sein, wenn unsere Bevölkerung durch die sachliche Arbeit des Provinziallandtages sowie das persönliche Beispiel und die  
30 menschliche Würde seiner Mitglieder Vertrauen zu dem guten Willen des Landtages gewinnt. Nur getragen von einem solchen Vertrauen lassen sich die sachlichen Probleme lösen. Ich hoffe aufrichtig, dass dieses so sein wird und dass wir in diesem Geiste einen Weg finden, der uns weiterführt. In diesem Sinne wollen wir  
35 die Arbeit in dem heute zusammengetretenen schleswig-holsteinischen Provinziallandtag beginnen.“

[Aus: Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abt. 399.55, Nr. 16]

### 3. LANDESSATZUNG FÜR SCHLESWIG-HOLSTEIN 1949/50

#### Aufgabenvorschlag ①:

Weise den demokratischen Charakter der Landessatzung nach.



## 4. ENTNAZIFIZIERUNG IN SCHLESWIG-HOLSTEIN - GESCHEITERT?

### Aufgabenvorschlag ①:

Ergänze die Lücken in M 4/2: Auslieferung – Bürgermeister – Entnazifizierung – Kriegsverbrechen – SS – Warschauer Aufstand

### Aufgabenvorschlag ②:

Zwei Urteile zur Entnazifizierung in Schleswig-Holstein:

- Die Entnazifizierung war trotz Problemen notwendig und nicht völlig wirkungslos (pro).
- Die Entnazifizierung ist gescheitert (contra).

Lest M 4/3 und sammelt Textstellen, die zu den beiden Urteilen passen. Entscheidet euch anschließend für ein Urteil und begründet es mit Belegen aus dem Text.

### Aufgabenvorschlag ③:

Am 14. März 1951 schrieb der damalige Innen- und Volksbildungsminister Schleswig-Holsteins, Paul Pagel (CDU), in sein Tagebuch: „Man kann mit Recht allmählich von einer Renazifizierung sprechen. Merkwürdig, wie selbstverständlich die alten Nazis auftreten und wie feige sie im Grunde sind, wenn man ihnen hart entgegentritt.“ Ist der Gebrauch des Begriffs „Renazifizierung“ für die Situation in Schleswig-Holstein um 1950 berechtigt? Nimm Stellung zu der Frage. Begründe deine Meinung

Zum demokratischen Neuanfang in Schleswig-Holstein gehörten auch die Pläne der Briten, nationalsozialistisch belastete Personen aus einflussreichen Positionen, vor allem in der Verwaltung, zu entfernen. Ist das gelungen?



**M 4/1 (Abb. 4): Gedenktafel zum Warschauer Aufstand am Sylter Rathaus in Westerland, angebracht 2014**

Aus: [www.erinnerungskultur-sylt.de/wp-content/uploads/2024/09/L1010067-1000-1-825x1030.webp](http://www.erinnerungskultur-sylt.de/wp-content/uploads/2024/09/L1010067-1000-1-825x1030.webp)

## M 4/2 Heinz Reinefarth - Lebenslauf

Heinz Reinefarth (1903–1979) war Rechtsanwalt, SS-Offizier und später Politiker. Er trat 1932, bevor die Nationalsozialisten unter Adolf Hitler 1933 an die Macht kamen, der NSDAP und der ..... bei. Während des Zweiten Weltkrieges kommandierte er Polizeieinheiten und Waffen-SS-Verbände (1942-1945). Besonders berüchtigt wurde er durch seine Beteiligung an der Niederschlagung des ..... gegen die deutsche Herrschaft im August 1944. Unter seinem Kommando töteten SS-Truppen mehrere zehntausend Zivilistinnen bzw. Zivilisten, darunter viele Kinder, und es kam zu Massenvergewaltigungen und weiteren brutalen Übergriffen seiner Truppen. Reinefarth erhielt dafür den Beinamen „Schlächter von Warschau“ oder auch „Henker von Warschau“. Nach dem Krieg war er für drei Jahre in amerikanischer Kriegsgefangenschaft, wurde aber nie wegen seiner ..... verurteilt. Mehrfach forderte Polen erfolglos seine ....., um ihm wegen seiner Verbrechen während des Krieges den Prozess machen zu können. 1948 ließ sich Reinefarth in  
10  
15  
Westerland auf Sylt nieder und arbeitete dort als Rechtsanwalt. 1950 endete seine ..... mit der Einstufung als „entlastet“ (unschuldig). Von 1951 bis 1964 war er ..... von Westerland und wurde 1958 in den Schleswig-Holsteinischen Landtag gewählt, dem er bis 1962 angehörte. Seit 1967 war Reinefarth bis zu seinem Tod wieder als Rechtsanwalt in Westerland tätig.

**M 4/3 Die Historiker Uwe Danker und Sebastian Lehmann schreiben zu der Entnazifizierung in Schleswig-Holstein:**

„Zunächst aber galt es, gefährliche Gegner unschädlich zu machen, also (eventuell bewaffneten) Widerstand von Nationalsozialisten zu verhindern. Die Besatzer verhafteten oder entfernten zumindest belastete Personen aus ihren Stellen in Verwaltung, Justiz, Polizei oder Wirtschaft. War jemand etwa Mitarbeiter der ‚Geheimen Staatspolizei‘, Funktionär der NSDAP oder aber auch leitender Verwaltungsbeamter wie beispielsweise Landrat gewesen, so wurde er automatisch festgenommen. [...] Bald zeigte sich aber, dass das öffentliche Leben und die Versorgung der (durch Flüchtlingsströme rasant angewachsenen) Bevölkerung so nicht aufrechterhalten werden konnte. Die Fachleute wurden benötigt. Es musste ein Verfahren her, das nicht pauschal verurteilte, sondern jeweils genauer hinschaute und die politische Belastung jedes Einzelnen prüfte. Die Umsetzung erfolgte mittels eines Fragebogens, der zum Symbol des Massenverfahrens werden sollte und auch in Schleswig-Holstein hunderttausendfach (zum Teil drei- bis viermal) vorgelegt wurde. 133 Fragen zur Person und Tätigkeit zwischen 1933 und 1945 waren zu beantworten; fast alle ermittelten rein formell etwa die Mitgliedschaft in NS-Organisationen. Zur eigenen Entlastung aber durften die Betroffenen Leumundszeugnisse [Bescheinigungen], sogenannte ‚Persilscheine‘ – orientiert am Namen des bekannten Waschmittels – vorlegen. Die (deutschen) Entnazifizierungs-Ausschüsse gaben daraufhin Empfehlungen ab, die Besatzungsbehörden entschieden dann über Geldbußen, die Einschränkungen von Bürgerrechten, den Verlust von Pensionsansprüchen, über Verbleib oder Entfernung aus Positionen. Dafür gab es fünf Entnazifizierungs-Kategorien: ‚Hauptschuldige‘ (I), ‚Belastete‘ (II), ‚Minderbelastete‘ (III), ‚Mitläufer‘ (IV) und ‚Entlastete‘ (V). [...] Die Mehrheit fühlte sich zu Unrecht ‚verfolgt‘, denn die Verfahren schienen untauglich zu sein, tatsächliche Schuld zu ermitteln. Tatsächlich produzierten sie wie am Fließband ‚Mitläufer‘, ‚Minderbelastete‘ und

‚Entlastete‘. In der Tat gab es in ganz Schleswig-Holstein niemanden, der in Kategorie I, ‚hauptschuldig‘, oder II, ‚belastet‘, landete. Und von 406.000 Verfahren endeten gerade einmal 2.217 mit Kategorie III, ‚minderbelastet‘. Der Rest, mehr als 99 Prozent der Betroffenen, hatte überhaupt keine oder nur sehr geringe Maßnahmen auszuhalten. [...] Das Entnazifizierungsabschlussgesetz vom März 1951 erklärte in Schleswig-Holstein – bundesweit einzigartig – alle Betroffenen für entlastet und hob im Effekt sämtliche Beschränkungen auf.“

Uwe Danker, Sebastian Lehmann: Entnazifizierung / Umgang mit Vergangenheit, in: Uwe Danker, Utz Schliesky (Hg.): Schleswig-Holstein 1800 bis heute. Eine historische Landeskunde, Husum 2014, S. 288-297, hier S. 290-292.

|                                     | 1.<br>Yes or<br>No | 2.<br>From | 3.<br>To | 4.<br>Number | 5.<br>Highest Office<br>or rank held  | 6.<br>Date, Appointed |     |
|-------------------------------------|--------------------|------------|----------|--------------|---------------------------------------|-----------------------|-----|
|                                     | Ja oder<br>nein    | Von        | Bis      | Nummer       | Höchstes Amt<br>oder höchster<br>Rang | Antrittsdatum         |     |
| 41. NSDAP.                          | ja                 | 1933       | 1944     | unbekannt    | keine                                 | keine                 | 41. |
| 42. Allgemeine SS.                  | nein               |            |          |              |                                       |                       | 42. |
| 43. Waffen-SS.                      | nein               |            |          |              |                                       |                       | 43. |
| 44. Sicherheitsdienst der SS.       | nein               |            |          |              |                                       |                       | 44. |
| 45. SA.                             | nein               |            |          |              |                                       |                       | 45. |
| 46. HJ, einschließlich BdM.         | nein               |            |          |              |                                       |                       | 46. |
| 47. NSDStB.                         | nein               |            |          |              |                                       |                       | 47. |
| 48. NSDoB.                          | nein               |            |          |              |                                       |                       | 48. |
| 49. NS-Frauenschaft                 | nein               |            |          |              |                                       |                       | 49. |
| 50. NSKK.                           | nein               |            |          |              |                                       |                       | 50. |
| 51. NSFK.                           | nein               |            |          |              |                                       |                       | 51. |
| 52. Reichsb. der deutschen Beamten  | nein               |            |          |              |                                       |                       | 52. |
| 53. DAF, einschließlich NSBO.       | ja                 | 1934       | 1945     |              |                                       |                       | 53. |
| 54. KdF.                            | nein               |            |          |              |                                       |                       | 54. |
| 55. NSV.                            | nein               |            |          |              |                                       |                       | 55. |
| 56. NS-Reichsb. deutsch. Schwestern | nein               |            |          |              |                                       |                       | 56. |
| 57. NSKOV.                          | nein               |            |          |              |                                       |                       | 57. |
| 58. NS-Bund Deutscher Technik       | nein               |            |          |              |                                       |                       | 58. |
| 59. NS-Ärztebund                    | nein               |            |          |              |                                       |                       | 59. |
| 60. NS-Lehrerbund                   | nein               |            |          |              |                                       |                       | 60. |
| 61. NS-Rechtswahrerbund             | nein               |            |          |              |                                       |                       | 61. |
| 62. Deutsches Frauenwerk            | nein               |            |          |              |                                       |                       | 62. |
| 63. Reichsbund Deutsche Familie     | nein               |            |          |              |                                       |                       | 63. |
| 64. NS-Reichsbund für Leibesübungen | nein               |            |          |              |                                       |                       | 64. |
| 65. NS-Altherrenbund                | nein               |            |          |              |                                       |                       | 65. |
| 66. Deutsche Studentenschaft        | nein               |            |          |              |                                       |                       | 66. |

**Abb. 5: Auszug aus einem Fragebogen zur  
Entnazifizierung eines selbstständigen  
Tischlers mit den Fragen zur Mitgliedschaft in  
NS-Organisationen, November 1945**

Aus: Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abt. 460.19, Nr. 1196

## 5. 23. AUGUST - EIN SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER FEIERTAG?



Abb. 6: Logo Schleswig-Holsteins 2026 aus Anlass des 80-jährigen Bestehens des Landes

<https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesportal/kampagne/landesgeburtstag/logopakete>

### Aufgabenvorschlag:

Sollte der 23. August in Schleswig-Holstein gesetzlicher Feiertag werden, um an die Gründung des Landes 1946 zu erinnern? Führt zu der Frage eine Diskussion.

Bevor ihr diskutiert, klärt noch einmal: Was geschah am 23. August 1946? Warum war das für Schleswig-Holstein wichtig? Danach könnt ihr beurteilen: Reicht diese Bedeutung aus, um den 23. August zu einem Feiertag zu machen??

### Tipp:

Auf der Homepage der Stiftung „Orte der deutschen Demokratiegeschichte“ findet ihr für Schleswig-Holstein Orte, an denen für die Entwicklung der Demokratie wichtige Ereignisse geschehen sind bzw. daran erinnern

Ihr findet diese Orte hier: <https://www.demokratie-geschichte.de/karte/>

## Zum historischen Geschehen

Am 8. Mai 1945 endete mit der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches in Europa der Zweite Weltkrieg, der von Deutschland entfesselt worden war und der mehr als 70 Millionen Menschen das Leben gekostet hatte. Schleswig-Holstein war von britischen Truppen besetzt worden. Bis zum 23. Mai existierte noch das „Sondergebiet“ Flensburg-Mürwik unter der „Reichsregierung“, der Karl Dönitz (1891-1980) vorstand. Am 5. Juni übernahmen die vier Siegermächte Frankreich, Großbritannien, UdSSR und USA formell alle Staatsgewalt über Deutschland. Die preußische Provinz Schleswig-Holstein stand somit nun auch offiziell unter britischer Hoheit. Die Aufgaben für die britische Militärregierung waren schier unlösbar: Von Kiel und Lübeck waren nur noch Trümmerlandschaften übriggeblieben. Seit Anfang 1945 strömten Flüchtlingen in Massen ins Land. Im Oktober 1946 lebten fast 2,7 Millionen Menschen in Schleswig-Holstein - 63 Prozent mehr als noch im Jahr 1939. Die Menschen lebten am Existenzminimum. Große Teile der Bevölkerung waren unterernährt, viele krank und zu schwach zum Arbeiten. Ähnlich schwierig war die Wohnraumsituation. In den Städten gab es kaum noch Wohnraum und auch auf dem Land wurde er knapp. Die Briten kümmerten sich aber nicht nur um die naheliegenden praktischen Herausforderungen. Sie verfolgten vielmehr einen Plan. Die Historiker Uwe Danker, Klaus Kellmann und die Historikerin Astrid Schwabe schreiben dazu: „Statt kollektiver Bestrafung oder Versklavung verfolgten sie eine ausgearbeitete Strategie des schrittweisen Weges zu einer – diesmal - stabilen deutschen Demokratie. Gemeinsam mit besiegten Deutschen sicherten sie Ernährung, Unterkunft, Wirtschaft und öffentliche Verwaltungen, jedenfalls nach Kräften und Möglichkeiten. Und sie zogen ausgewählte deutsche Demokraten zum Aufbau der neuen demokratischen Strukturen heran. Als sie einige Jahre später abzogen, hinterließen sie ein unbezahlbares Geschenk: ein demokratisiertes (Bundes-)Land Schleswig-Holstein.“<sup>1</sup>

Einer der Schritte zu einem demokratischen Schleswig-Holstein war am 23. August 1946 die Verordnung Nr. 46, in der unter anderem die preußische Provinz Schleswig-Holstein aufgelöst und vorläufig ein eigenes Land unter dem Ministerpräsidenten Theodor Steltzer (1885-1967) wurde. Wichtig war dabei, dass dieses junge Land bereits in Ansätzen demokratisch verfasst war. Denn im September 1945 hatte die Militärregierung die Bildung politischer Parteien erlaubt. Und am 23. Februar 1946 tagte im Kieler Stadttheater zum ersten Mal der Provinziallandtag, dessen 60 Mitglieder allerdings noch von der britischen Militärregierung ernannt worden waren. Der Provinziallandtag verabschiedete am 12. Juni 1946 eine "Vorläufige Verfassung", die die Grundsätze für den Aufbau der Staatsgewalt und der wichtigsten Behörden nach demokratischen Prinzipien beschrieb und in den nächsten Jahren – auch ohne offizielle Anerkennung seitens der Briten - als eine wichtige Grundlage der politischen Willensbildung und Politikgestaltung in Schleswig-Holstein diente. Der Verfassungsrechtler Utz Schliesky spricht daher von „zwei entscheidende Weichenstellungen im Jahr 1946: Dies sind die Verabschiedung der Vorläufigen Verfassung am 12. Juni und die Zuerkennung als vorläufiges Land durch die Verordnung Nr. 46 am 23. August.“<sup>2</sup> Offiziell erfolgte allerdings die Auflösung Preußens erst am 25. Februar 1947 durch den Kontrollrat der vier alliierten Besatzungsmächte.

Weiteren Etappen der Demokratiebildung in Schleswig-Holstein folgten: Freie Wahlen wurden in den Gemeinden und Kreisen noch 1946 und am 20. April 1947 auf Landesebene abgehalten. Letztere führten zu einer neuen Landesregierung unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Hermann Lüdemann (1880-1959). Der beginnende Kalte Krieg brachte dann bekanntlich 1948/49 die Gründung der Bundesrepublik Deutschland mit sich. In der Folge entwickelte auch Schleswig-Holstein Mitte des Jahres 1949 auf der Basis der Vorläufigen Verfassung eine Landesverfassung („Landessatzung“), die am 13. Dezember

1 Uwe Danker, Klaus Kellmann, Astrid Schwabe: Britische Besatzung / Demokratischer Neubeginn, in: Uwe Danker, Utz Schliesky (Hg.): Schleswig-Holstein 1800 bis heute. Eine historische Landeskunde, Husum 2014, S. 278-287, hier S. 279.

2 Utz Schliesky: Verfassungsgebung als Weg zur Demokratie. Verfassungspolitik in der schleswig-holsteinischen „Stunde Null“, in: Uwe Danker, Utz Schliesky (Hg.): Die Landesgründung Schleswig-Holsteins im Jahr 1946. Verfassungsrechtliche und historische Aspekte eines demokratischen Experiments, Husum 2021, S. 100-131, hier S. 114

vom Landtag verabschiedet wurde und am 12. Januar 1950 in Kraft trat. Erst 1990 wurde sie grundlegend überarbeitet. So kann der Historiker Uwe Danker mit Recht für Schleswig-Holstein bilanzieren: „Als die Briten sich ab 1949 sukzessive zurückzogen, waren die demokratischen Strukturen etabliert und wurden getragen von durchaus selbstbewussten deutschen Politikerinnen und Politikern“.<sup>3</sup>

Ambivalenter fällt das Urteil hinsichtlich der Entnazifizierung aus, die ein integraler Bestandteil des britischen Demokratisierungskonzepts war.<sup>4</sup> Die Entnazifizierung in der britischen Zone war auf „Denazifizierung“ und „Reeducation“ vor allem im öffentlichen Dienst ausgerichtet. Anhand von Fragebögen wurde ab Sommer 1945 über Entlassung oder Weiterbeschäftigung entschieden. Im Konflikt zwischen Bedarf an Fachleuten und politischer Belastung setzte sich sehr oft das Bedürfnis durch, Verwaltungskräfte zu behalten. Dennoch kam es zunächst zu Entlassungen. Zur Jahreswende 1945/46 berief die Militärregierung deutsche Entnazifizierungsausschüsse. Ab Oktober 1946 galten die Kategorien: 1. Hauptschuldige, 2. Belastete, 3. Minderbelastete, 4. Mitläufer und 5. Entlastete. Seit dem Herbst 1947 waren allein die Deutschen für die Verfahren zuständig. 1948 schuf Schleswig-Holstein ein Gesetz zur Entnazifizierung. Insgesamt wurden im Massenverfahren 406.500 Menschen entnazifiziert, nur 2.217 stufte man in Kategorie drei ein, was Sanktionen wie Geldstrafe, Entlassung und Einschränkung der Pensionsansprüche bedeuten konnte. Die Übrigen verteilten sich auf die Kategorien „Mitläufer“ (66.500) und „Entlastete“ (206.000), oder sie wurden als nichtbetroffen (131.600) aus dem Verfahren entlassen. Selbst der ehemalige NSDAP-Gauleiter Hinrich Lohse (1896-1964) ging als „minderbelastet“ und schließlich sogar „entlastet“ aus dem Verfahren hervor. Das Entnazifizierungsabschlussgesetz vom März 1951 erklärte in Schleswig-Holstein schließlich – bundesweit einzigartig – alle Betroffenen für entlastet und hob

faktisch sämtliche Beschränkungen auf.

So sind sich eigentlich alle Geschichtswissenschaftlerinnen und Geschichtswissenschaftler einig, dass die Entnazifizierung – nicht nur in Schleswig-Holstein – gescheitert ist. Für das Land zwischen den Meeren wird häufig sogar von einer „Renazifizierung“ gesprochen. Bezug wird dabei auf den früheren Innen- und Volksbildungsminister Schleswig-Holsteins, Paul Pagel (1894-1955, CDU), genommen, der am 14. März 1951 in sein Tagebuch geschrieben hat: „Man kann mit Recht allmählich von einer Renazifizierung sprechen. Merkwürdig, wie selbstverständlich die alten Nazis auftreten und wie feige sie im Grunde sind, wenn man ihnen hart entgegentritt.“<sup>5</sup> In den letzten Jahren wird allerdings eine veränderte Perspektive in die Diskussion eingebracht, indem darauf hingewiesen wird, dass die personelle Kontinuität vom „Dritten Reich“ zur Bundesrepublik infolge der gescheiterten Entnazifizierung auf lange Sicht die junge Demokratie in Schleswig-Holstein und Westdeutschland auch stabilisierte. Uwe Danker und Astrid Schwabe sprechen unter Bezugnahme auf den Historiker Norbert Frei von einer regelrechten „Vergangenheitspolitik“, mit der die „junge bundesdeutsche Demokratie [...] sich durch Integrationsangebote an NS-Eliten ihre innergesellschaftliche Anerkennung erkaufte“ habe.<sup>6</sup>

3 Uwe Danker: Pragmatismus als Demokratisierungskonzept? Zielkonflikte und Leistungen der britischen Besatzungspolitik in Schleswig-Holstein, in: Uwe Danker, Utz Schliesky (Hg.): Die Landesgründung Schleswig-Holsteins im Jahr 1946. Verfassungsrechtliche und historische Aspekte eines demokratischen Experiments, Husum 2021, S. 9-42, hier S. 19.

4 Ein kompakter Überblick bei Uwe Danker: Entnazifizierung. URL: <https://geschichte-s-h.de/sh-von-a-bis-z/e/entnazifizierung/>.

5 Stellvertretend sei genannt Michael Legband, Jann Markus Witt: Von der Provinz zum Bundesland – Schleswig-Holstein im 20. Jahrhundert, in: Jann Markus Witt, Heiko Vosgerau (Hg.): Geschichte Schleswig-Holsteins: anschaulich-spannend-verständlich, Heide 2010, S. 280-333, hier S. 312f.

6 Uwe Danker, Astrid Schwabe: Die Volksgemeinschaft in der Region. Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus, Husum 2022, S. 477.

## Didaktisch-methodische Erläuterungen

In dem vorgelegten Material geht es vor allem darum, wie es trotz der zahlreichen Herausforderungen der Nachkriegszeit gelungen ist, in Schleswig-Holstein das „demokratische Experiment“ (Danker, Schliesky) zum Erfolg zu bringen und eine stabile demokratische Ordnung zu etablieren. Dabei war dieser Prozess keine reine Erfolgsgeschichte, denn die Demokratisierung des Landes und seiner Bewohnerinnen/Bewohner war auch mit Rückschlägen verbunden. Dies soll am Beispiel der Entnazifizierung deutlich werden.

Die Abb. 1 (Blick vom Kieler Rathausurm 1946) soll zum Einstieg die zahlreichen Probleme andeuten, vor denen die Menschen und die britische Militärregierung in Schleswig-Holstein nach Kriegsende standen. Dazu sollte anschließend eine Diskussion entstehen, wie es weitergehen könnte, um schlichtweg aus der katastrophalen Lage herauszukommen. In diesem Kontext sollte auch die politische Dimension angesprochen werden, ggf. unter Zuhilfenahme des Einleitungstextes, so dass die Leitfrage für den Unterricht entwickelt werden kann, ob und wie es möglich war, zügig nach Kriegsende in Schleswig-Holstein ein demokratisches System aufzubauen.

Mit der Zeitleiste unter M 1 sollen sich die Schülerinnen/Schüler einen Überblick über die politische Entwicklung 1945 bis 1950 verschaffen, wobei sie zugleich erkennen können, dass die Briten eine Strategie verfolgten, bei der die Deutschen Schritt für Schritt an Demokratie und Eigenverantwortung herangeführt wurden. Mit Theodor Steltzers Rede zur Eröffnung des Provinziallandtages am 26. Februar 1946 (M 2) und der Landessatzung von 1949 (M 3) - als Schaubild - werden vertiefend zwei zentrale Quellen zu wichtigen Stationen des demokratischen Neuanfangs in Schleswig-Holstein nach 1945 behandelt. Der Einstieg zur Entnazifizierung (M 4) soll mittels der Gedenktafel am Rathaus in Westerland (M 4/1, Abb. 4) an dem prominenten Beispiel Heinz Reinefarth (1903-1979) erfolgen.<sup>7</sup> In einem kurzen biografischen Abriss Reinefarths als Lückentext (M 4/2) kann den Schülerinnen/Schülern deutlich gemacht werden, dass sogar offenkundige Kriegsverbrecher

in der frühen Bundesrepublik Deutschland ungeschoren davorkamen und Karriere machen konnten. Möglicherweise fällt den Jugendlichen auch auf und sprechen sie an, dass die Gedenktafel erst 2014 am Westerland Rathaus angebracht wurde. Der anschließende Überblickstext zur Entnazifizierung, die textorientiert bewertet werden soll, vermag den Schulklassen zu zeigen, dass für die Briten eine Auseinandersetzung mit der NS-Zeit beim Aufbau der Demokratie unverzichtbar war, während die Deutschen die Verantwortung für den Nationalsozialismus möglichst von sich weg zu schieben suchten – letztlich mit Erfolg. Dabei trug das Scheitern der Entnazifizierung wohl auf lange Sicht auch zur Stabilität der jungen Demokratie bei. Die Bewertung dieser Zusammenhänge in dem – fakultativen – dritten Aufgabenvorschlag ist ausgesprochen komplex. Ggf. muss die Lehrkraft die Jugendlichen hier bei der Urteilsbildung unterstützen.

Abschließend sollen die Schülerinnen und Schüler darüber diskutieren, ob der 23. August in Schleswig-Holstein ein gesetzlicher Feiertag werden sollte, um an die Gründung des Landes 1946 und dessen Demokratisierung nach dem Ende des „Dritten Reiches“ zu erinnern. Gewiss, die Etablierung dieses Feiertages steht aktuell nicht an, aber mit dem Aufgabenvorschlag können die Jugendlichen kriteriengeleitet und zugleich recht frei die Demokratiebildung in Schleswig-Holstein 1945 bis 1950 reflektieren und so zu einem Werturteil gelangen.

<sup>7</sup> Zu Reinefarths Kriegsverbrechen und seiner Nachkriegskarriere siehe <https://www.politische-bildung.sh/infothek/schleswig-holstein-erinnert/schleswig-holstein-erinnert-an-den-warschauer-aufstand>, Minute 21:20-39:40.

## Lösungen:

### Zu M 1:

*Unterteile die Zeitleiste in Phasen/Zeitraumabschnitte und gib diesen jeweils eine Überschrift.*

Folgende Phasen könnten herausgearbeitet werden:

1945/46: Teilhabe ausgewählter, nicht belasteter Deutscher an der Politik wird ermöglicht (8. Mai 1945 – 23. Februar 1946).

Mitte 1946: Schleswig-Holstein wird ein demokratisches Land (12. Juni und 23. August 1946).

1946/47: Freie Wahlen werden auf Gemeinde-, Kreis und Landesebene durchgeführt.

1949: Schleswig-Holstein wird ein Bundesland der neu gegründeten, demokratischen Bundesrepublik Deutschland.

### Zu M 2:

1. *Untersuche mithilfe der beiden Fotos (M 2/1 und M 2/2), wie die britische Militärregierung bei der Eröffnung des Provinziallandtages ihre Macht verdeutlicht.*

M 2/1 (Abb. 2): Britische Soldaten (Ehregarde der „Kings Own Company of Grenadiers Guards“) sind vor der Tagungsstätte aufmarschiert. M 2/2 (Abb. 3): Auf der Bühne sitzen sieben Angehörige der britischen Militärregierung neben Theodor Steltzer als einzigem Deutschen; hinter der Bühne hängt der große Union Jack über dem kleinen schleswig-holsteinischen Wappen; britische Wachposten im Saal.

2. *Fasse die wichtigsten Aussagen der Rede Steltzers zusammen (M 3).*

Steltzer spricht folgende Themen an:

- Steltzer äußert zuversichtlich, dass mit der Einberufung eines ernannten Provinziallandtages der „demokratische Aufbau“ Schleswig-Holsteins, in dem ein frei gewählter Landtag eine Regierung bestimmt, eingeleitet wird (Z. 5-14.)

- Er dankt der britischen Militärregierung für Lebensmittelfuhrer, v. a. beim Getreide. Die Sicherung der Ernährung sei die Voraussetzung für einen (demokratischen) Neuaufbau Schleswig-Holsteins (Z. 14-18).

- Ein neuer Geist, der geprägt sei von einer sozialen und menschlichen Haltung allen Bevölkerungsgruppen gegenüber, müsse laut Steltzer in die Politik Einzug halten. Der Landtag solle sachorientiert handeln und die Abgeordneten sollen durch ihr persönliches

Verhalten überzeugen. Dann könne das Vertrauen der Bevölkerung für die neue Staatsform gewonnen werden (Z. 19-36).

Insgesamt geht es Steltzer um einen demokratischen Neuanfang Schleswig-Holsteins. Bezeichnen-derweise spricht er – in der ganzen Rede – kein Mal explizit vom Nationalsozialismus, der NSDAP, den Verbrechen der NS-Diktatur usw. Die NS-Zeit bleibt weitgehend abstrakt; sie wird von Steltzer nur angesprochen, um zu betonen, dass sich das entstehende demokratische Schleswig-Holstein deutlich von ihr unterscheiden solle.

3. *Steltzer sagt zum Schluss seiner Rede: „Es wird aber schon viel erreicht sein, wenn unsere Bevölkerung durch die sachliche Arbeit des Provinziallandtages sowie das persönliche Beispiel und die menschliche Würde seiner Mitglieder Vertrauen zu dem guten Willen des Landtages gewinnt. Nur getragen von einem solchen Vertrauen lassen sich die sachlichen Probleme lösen.“ - Sind die Anforderungen, die Steltzer an die Mitglieder des Landtages stellt, auch heute noch gültig? Nimm Stellung zu dieser Frage. Begründe deine Meinung*

Selbstverständlich wird hier keine bestimmte Stellungnahme erwartet. Wichtig ist die plausible Begründung.

*Stellt euch vor, ihr seid ein Nachrichtenteam im Februar 1946. Erstellt einen kurzen Beitrag mit Kommentar für eine Zeitung mit der Überschrift: „Demokratischer Neuanfang – oder Politik unter Kontrolle der Besatzungsmacht?“*

Der Beitrag sollte enthalten:

- Eine kurze Beschreibung der Bilder: Was sieht man? Wer hat die Macht sichtbar in der Hand?

- Eine Zusammenfassung der Rede Steltzers: Worum geht es ihm besonders?

Hier könnte auch eine Bürgerin / ein Bürger zu Wort kommen und vor dem Hintergrund der Alltagssorgen (Wohnungsnot, Hunger, Kälte) die Ereignisse kommentieren.

In einen kritischen Kommentar wird keine bestimmte Stellungnahme erwartet. Wichtig ist die plausible Begründung.

**Zu M 3:**

*Weise den demokratischen Charakter der Landessatzung nach.*

Zu nennen wären:

- Ausdrücklich wird betont: „Alle Gewalt geht vom Volk aus“ (Art. 2/1). Die Volksherrschaft zeigt sich darin, dass die Bevölkerung den Landtag wählt, der wiederum den Ministerpräsidenten / die Ministerpräsidentin bestimmt.
- Das Schaubild veranschaulicht auf der Basis der Landessatzung die Gewaltenteilung: Legislative (Landtag), Exekutive (Landesregierung und Verwaltung) und Judikative (Gerichte).

Hinweis: Zu den Individualrechten der schleswig-holsteinischen Bevölkerung findet sich in der Landessatzung nur das Recht des freien Bekenntnisses zu einer nationalen Minderheit (Art. 5). Weitere Grundrechte werden nicht genannt, diese sind umfassend im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (hier Art. 1-19) geregelt, zu dessen Geltungsbereich Schleswig-Holstein gehört (Art. 1).

**Zu M 4:**

*1. Ergänze die Lücken in M 4/2: Auslieferung – Bürgermeister – Entnazifizierung – Kriegsverbrechen – SS – Warschauer Aufstand*

Richtige Reihenfolge, in der die Begriffe in die Lücken eingesetzt werden müssen: SS – Warschauer Aufstand – Kriegsverbrechen – Auslieferung – Entnazifizierung – Bürgermeister

Die Aufgabenstellung kann auch abgeändert werden, indem die Lösungen für die Leerstellen nicht vorgegeben werden, sondern die Schülerinnen/Schüler zu Reinefarth im Internet recherchieren sollen, um die Lücken zu füllen.

*2. Zwei Urteile sind gegeben:*

- Die Entnazifizierung war trotz Problemen notwendig und nicht völlig wirkungslos (pro).
- Die Entnazifizierung ist gescheitert (contra).

*Lest M 4/3 und sammelt Textstellen, die zu den beiden Urteilen passen. Entscheidet euch anschließend für ein Urteil und begründet es mit Belegen aus dem Text.*

Hier bietet sich Gruppenarbeit an.

- Pro: Der erste Absatz (Z. 1-17) zeigt die Notwendigkeit der Entnazifizierung 1945 und später das

Bemühen um möglichst individuelle Beurteilungen, auch die fünf Entnazifizierungskategorien (Z. 33-36) verweisen auf den Anspruch, den einzelnen Betroffenen jeweils gerecht zu werden.

- Contra: Die Fragebögen, die „rein formell“ die Mitgliedschaft in NS-Organisationen ermittelten (Z. 21-24), und die Ergebnisse der Entnazifizierung, dass zunächst mehr als 99 % der Betroffenen als „minderbelastet“ oder „entlastet“ eingestuft wurden (Z. 39-52) und schließlich 1951 alle Betroffenen für „entlastet“ erklärt wurden (Z. 53-56), sprechen überaus deutlich für das Scheitern der Entnazifizierung

*3. Am 14. März 1951 schrieb der damalige Innen- und Volksbildungsminister Schleswig-Holsteins, Paul Pagel (CDU), in sein Tagebuch: „Man kann mit Recht allmählich von einer Renazifizierung sprechen. Merkwürdig, wie selbstverständlich die alten Nazis auftreten und wie feige sie im Grunde sind, wenn man ihnen hart entgegentritt.“ Ist der Gebrauch des Begriffs „Renazifizierung“ für die Situation in Schleswig-Holstein um 1950 berechtigt? Nimm Stellung zu der Frage. Begründe deine Meinung.*

Selbstverständlich wird hier keine bestimmte Stellungnahme erwartet. Wichtig ist die plausible Begründung.

**Zu M 5:**

*Sollte der 23. August in Schleswig-Holstein gesetzlicher Feiertag werden, um an die Gründung des Landes 1946 zu erinnern? Führt zu der Frage eine Diskussion.*

Ergebnisoffene Abschlussdiskussion.

**Tipp:**

Die schleswig-holsteinischen Orte der Demokratiegeschichte könnten in einem kleinen Projekt behandelt werden, indem die Jugendlichen arbeitsteilig in Gruppen jeweils einen Ort bearbeiten und ihren Mitschülerinnen/Mitschülern dann z. B. in einer Präsentation oder einem Podcast vorstellen. So könnte deutlich werden, dass es in Schleswig-Holstein auch demokratische Traditionen gab, an die beim demokratischen Neuaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg angeknüpft werden konnte und die noch heute sichtbare Spuren hinterlassen haben.

**Weiterführende Literatur**

Uwe Danker, Utz Schliesky (Hg.): Die Landesgründung Schleswig-Holsteins im Jahr 1946. Verfassungsrechtliche und historische Aspekte eines demokratischen Experiments, Husum 2021.

## IMPRESSUM

**HERAUSGEBER**

Der Landesbeauftragte für politische Bildung  
Schleswig-Holstein  
Karolinenweg 1  
24105 Kiel

Telefon 0431 988-1646  
lpb@landtag.ltsh.de  
www.politische-bildung.sh

**AUTOR**

Dr. Thomas Hill, Mitglied der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, Leiter des Arbeitskreises „Landesgeschichte und Schule“

**GESTALTUNG**

amatik Designagentur, Kiel

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Landesbeauftragten für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

©2026 Landesbeauftragter für politische Bildung und Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte